

Dr. Willibold Frehner

Country Representative to Vietnam

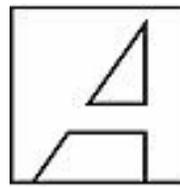
Second floor, Rainbow building
7 Trieu Viet Vuong Street
Hanoi, Vietnam

Tel : (0084-4) 9432791 / 9432792

Fax : (0084-4) 9432790

Email : frehner@kas.vn

Website : www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

50 Jahre Kompetenz weltweit

Schwellenländer in Asien orientieren sich neu und fordern die Demokratien des Westens heraus

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Staatshandelsländer, war in den demokratischen Ländern die Hoffnung groß und die Annahme weit verbreitet, dass das offensichtliche Erfolgsmodell des Westens sich weltweit weiter durchsetzen wird. War doch die Überlegenheit des westlichen Modells eindeutig bewiesen und für alle ersichtlich. Francis Fukuyamas berühmter Ausspruch aus dem Jahr 1992, das „Ende der Geschichte“ sei erreicht, das freiheitlich westliche Modell hätte über jegliche Konkurrenz gesiegt, entsprach dem Ideengut zahlreicher Wissenschaftler. Mit der Kombination von Demokratie (partizipative Teilnahme der Bevölkerung), Rechtsstaat (Handeln der Politik orientiert sich an gesetzlichen Vorgaben) und Marktwirtschaft (sozial abgefederter Marktmechanismus), so glaubten viele, würde dieses Modell zu einem attraktiven Vorbild für viele andere, noch weniger entwickelte Länder in Asien werden. Die Zielsetzungen: „*Wohlstand für Alle*“, „*Bürgerliche Freiheiten*“ und „*materielle Sicherheit*“, so glaubten auch Experten, würden sich weltweit als das Koordinatensystem der Werte durchsetzen. Manche Analytiker glaubten sogar, dass ein gewisser Automatismus aus der Logik der Überlegenheit des Modells, zur schnellen Demokratisierung vieler Länder in der Welt führen würde.

Das ist in der Realität so nicht eingetreten: Kriegerische Auseinandersetzungen, terroristische Bedrohungen, Probleme der Energieversorgung, rapide steigende Preise der Rohstoffe, Auswirkungen des Klimawandels und Unterversorgung mit Lebensmitteln, haben für viele Länder teilweise neue und völlig andere Akzente gesetzt. Viele Länder sehen sich gezwungen, gravierende ökonomische Probleme zu lösen, statt Rechtsstaat, Menschenrechte und Demokratie zu installieren.

In Europa und Nordamerika konnte, trotz der auch dort auftretenden negativen Auswirkungen der Globalisierung, zwar der Wohlstand einigermaßen behauptet und die bürgerlichen Freiheiten verteidigt werden. Bisher mussten im Westen nur wenige, eher wirtschaftliche Abstriche gemacht werden. Bedrohungen und Herausforderungen dieser „*Inseln der Freiheit, der Stabilität und des Wohlstandes*“ stehen allerdings permanent an. Und nicht wenige der eigenen Bewohner dieser Länder glauben, dass dieser Wohlstand und die demokratischen Errungenschaften nicht von Dauer sein werden.

Es hat sich gezeigt: Das sogenannte westliche Modell ist kein Selbstläufer. Die Konzepte und Modelle im Zusammenhang von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft stehen selbst vor neuen Herausforderungen und werden im internationalen Wettbewerb der Modelle und Systeme nur dann als attraktiv angesehen werden, wenn sie sich als fähig erweisen, die Probleme ihrer eigenen Menschen angemessen und effizient zu lösen. Das ist in den westlichen Ländern derzeit nicht immer gegeben.

Gibt es das westliche Modell überhaupt? Das darf bezweifelt werden. Europa und die USA gingen in den letzten Jahren vermehrt getrennte Wege bei der Beurteilung von globalen Gefahren und der Einschätzung von angemessenen Schritten, bezüglich der Herausforderungen. Das wird bei der Einschätzung der Nahostpolitik klar, bei der Klimapolitik sichtbar und bei der Terrorbekämpfung ganz besonders offensichtlich. Aber auch bei technologischen Großprojekten wird deutlich, dass oftmals völlig verschiedene Konzepte favorisiert werden (Airbus, Ariane, Galileo). Europa hat sich auch in Wirtschafts- und Währungsfragen verselbständigt und hat sich mit dem erfolgreichen Euro auch vom Einflussgebiet des US-Dollars weitgehend abgekoppelt. Es herrscht in vielen Feldern mittlerweile eher ein Konkurrenzverhältnis zwischen Nordamerika und Europa. Ein einheitliches und strahlendes Bild des Westens, das als Vorbild für die Welt dienen könnte, ist in letzter Zeit immer weniger auszumachen.

Die zunehmende Globalisierung bringt Ausdifferenzierungen und weiter wachsende Komplexität mit sich. Die Blockbildungen in große antipodisch ausgerichtete Lager (kommunistisch – nicht kommunistisch, entwickelt - unterentwickelt) sind Vergangenheit. Aufsteigende Schwellenländer haben eigene Vorstellungen und Entwicklungsmuster für die zukünftige Politik, die Gestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft ihrer Länder. Da ist nicht automatisch der Westen das Vorbild.

Die außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Gewichte haben sich enorm verschoben, seit den Zeiten, als es zwei Supermächte (USA und Sowjetunion) gab, die fast allein die politische, militärische und wirtschaftliche Richtung für den gesamten Globus vorgeben. Auch kleinere Länder, ja sogar kleine politische Gruppen haben heute das Potential, die Stabilität, sowie die Sicherheit und Freiheit einzelner Länder des Westens herauszufordern (z.B. Syrien, Iran, als Länder - oder Hamas und al-Qaida als Gruppen). Ganz zu schweigen von dem neuen Gewicht der aufstrebenden Mächte China oder Indien, die zwar militärisch weltweit noch eine untergeordnete Rolle spielen, aber wirtschaftliche Potenz in politische Macht wandeln können. Das zeigt China bereits in Afrika deutlich und mit Nachdruck. Auch das heutige Russland versucht erfolgreich, seine riesigen Öl- und Gasvorkommen, zumindest gegenüber kleineren Ländern, als politischen Hebel einzusetzen.

Westliche Werte haben durch eine unangemessene und ungeschickte internationale Politik der Vereinigten Staaten auch in Asien, erheblich an Attraktivität verloren. Auch die Vorgänge in den Gefängnissen im Irak oder in Guantanamo, lassen weltweit erhebliche Zweifel aufkommen, ob die Einhaltung der Menschenrechte seitens der Vereinigten Staaten, wirklich ernst gemeint ist. Oft wird den westlichen Ländern deshalb vorgeworfen inkonsequent zu sein, Wasser zu predigen und selbst Wein zu konsumieren.

Der Vertrauensrückschlag gilt für viele Länder in Asien, die auf der Suche nach geeigneten Entwicklungsmodellen sind. Die wirtschaftlich erfolgreichen Schwellenländern in Asien warten nicht auf Drohungen oder Belehrungen aus dem Westen, sondern wollen überzeugt werden, dass Demokratie, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft auch für ihre Länder eine geeignete Kombination ist, um die Probleme ihrer Länder zu lösen und um dort Sicherheit, Frieden, Entwicklung, Freiheit und Wohlstand zu erreichen und zu garantieren. Die Einführung eines Rechtsstaates und einer sozial abgefederten Marktwirtschaft, wird von solchen Ländern meist sehr schnell als wichtig und vordringlich angesehen, aber nur deshalb, um

gravierende, wirtschaftliche Probleme lösen zu können. Demokratische Strukturen dagegen, oder bürgerliche Rechte, werden eher als Luxus angesehen und als Möglichkeiten für die Zukunft in Aussicht gestellt.

Ein Blick auf die Verteilung der Devisenreserven der Welt zeigt, dass China, Indien und Russland in ganz naher Zukunft zu den dominierenden Finanzakteuren der Welt gehören werden. Damit wird die EU und die USA in naher Zukunft noch nicht in der ökonomischen Dominanz abgelöst, aber die Gewichte und die Potentiale verschieben sich wirtschaftlich und politisch mit dramatischer Geschwindigkeit. Viele kleinere Länder Asiens (wie z.B. Vietnam) beobachten den rapiden wirtschaftlichen Aufstieg, insbesondere von China, mit großem und zunehmendem Interesse. Viele sehen im chinesischen Modell ein attraktives Vorbild.

Im Westen (vor allem in der Mitte Europas) haben sich Demokratie, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft als prinzipiell erfolgreiche Konzepte zur Lösung der Probleme ihrer Bürger erwiesen. Das wird auch in freien und demokratischen Wahlen den dortigen Regierungen signalisiert. Auch wenn derzeit starke Signale von den Menschen kommen, die zunehmend wünschen, schnell und umfassend das Problem der steigenden sozialen Ungleichheit zu lösen, glauben viele, dass Demokratie und Soziale Marktwirtschaft diesen Problemen begegnen können. Noch glauben viele Menschen im Westen an das demokratische Modell, mit einem einigermaßen gerechten Wirtschaftssystem, auch wenn eine Tendenz der Politikverdrossenheit und der Hinwendung zu radikalen Lösungen unverkennbar ist.

In Russland und China haben sich alternative Modelle herausgebildet, die Autokratie mit Kapitalismus kombinieren und rechtsstaatliche Strukturen in erster Linie als wichtig und bedeutend für die Absicherung von Investitionen ansehen. Mit einer solchen Kombination wird in diesen Ländern ein gewisses Maß an politischer Stabilität garantiert und ein wirtschaftlicher Entwicklungsboom eingeleitet. Die Einlösung der Menschenrechte oder demokratischer Strukturen wird weit hinten angestellt, in der politischen Prioritätenliste. Diese autokratisch-kapitalistischen Modelle mit einer hohen wirtschaftlichen Dynamik, haben schon heute in Asien und Afrika großes Interesse geweckt und zunehmend an Attraktivität gewonnen. Natürlich insbesondere bei den Staatenlenkern, die selber diktatorische Regierungsformen bevorzugen, keine Toleranz für Minderheiten vorsehen, oder in Ländern regieren, in welchen noch ausgeprägte, paternalistische gesellschaftliche Strukturen vorherrschen und diese auch als normal angesehen werden. Viele dieser Staatenlenker sehen ihre Bevölkerung

sowieso nicht als mündige Bürger an, sondern als Untertanen, die einigermaßen ökonomisch zufrieden gestellt werden sollen, um keine Hungerrevolten zu erzeugen.

Die westlichen Länder, insbesondere die demokratisch gefestigten in Europa, wären gut beraten, die von ihnen selbst propagierten Werte, wie die volle Anerkennung der Menschenrechte, auch im täglichen Leben ihrer Menschen umzusetzen. Sie wären gut beraten, die Vorgabe der Sozialen Marktwirtschaft: „*Wohlstand für alle*“ in ihren Ländern Realität werden zu lassen und wirtschaftlichen und politischen Ungerechtigkeiten ernsthaft entgegenzuwirken. Sie wären gut beraten, die Klimaprobleme nicht nur anzusprechen, sondern in ihren Ländern grundlegende Taten folgen zu lassen, um Energie einzusparen und um die Treibhausgase ernsthaft und dauerhaft zu reduzieren. Die europäischen Länder wären gut beraten, jetzt – da es den Bauern in der EU durch gestiegene Lebensmittelpreise viel besser geht - endlich die lange Jahre gezahlten Subventionen für die Agrarproduktion dramatisch zu reduzieren, um diese für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen, wie z.B. Bildung umzuschichten.

Globalisierung bringt große Veränderungen und Herausforderungen mit sich. In Europa, im gesamten Westen und natürlich insbesondere in der Dritten Welt. Viele Schwellenländer der Dritten Welt befinden sich in Transformationsphasen. Sie müssen, wollen und werden sich politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich neu orientieren. Nur wenn der Westen wirklich attraktive und überzeugende Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung und der Lösung der eigenen Probleme anbieten kann und diese auch glaubwürdig praktiziert, sind diese aufstrebenden Länder willens, den Modellvorstellungen im Westen zu folgen.